

**Aus dem Gemeinderat**

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 13.12.2010

Gemeinderat fasst Beschluss zum Erhalt der L 600 und der Straße „Am Forst“ -  
Einsparungen und Steueranpassungen zur Verringerung des Defizits im Verwaltungshaushalt 2011 beschlossen

interessante Dokumente:

GRS\_2010.12.13.pdf

erschienen am 16.12.2010 - Quelle: Gmd. Sandhausen

Aus dem Gemeinderat

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 2010

**Gemeinderat fasst Beschluss zum Erhalt der L 600 und der Straße „Am Forst“  
Einsparungen und Steueranpassungen zur Verringerung des Defizits im  
Verwaltungshaushalt 2011 beschlossen**

Eingangs der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung des Jahres informierte  
Bürgermeister

Georg Kletti unter dem Punkt **Bekanntgabe in nichtöffentlicher Sitzung  
gefasster Beschlüsse**, dass Sarah Groenig zur stellvertretenden  
Grundbuchratschreiberin  
ernannt wurde.

Dann war es wieder einmal die L 600, die das Ratsgremium beschäftigte.

Zur Abstimmung stand eine **Stellungnahme der Gemeinde Sandhausen zu den  
diskutierten Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der B 535**. Das  
Regierungspräsidium

hatte vorgeschlagen, als Ersatz für den Rückbau der L 600, neben der Verbindung  
von Sandrasenflächen im Naturschutzgebiet „Pflege Schönau“, der Herstellung  
von Sandrasenflächen im Naturschutzgebiet „Hirschacker-Dossenwald“ und der  
Aufwertung der Landschaft im Umfeld der L 600/ B535, die Straße „Am Forst“ im  
Bereich

der „Pferdtriebsdüne“ zurückzubauen. Dies würde zu einer Verlagerung des  
Verkehrs in die Große Lachstraße und verlängerte Seegasse führen. In geringerem  
Umfang wären auch die Brühlstraße und der Dünenweg betroffen.

Da Gemeinderat Werner Berger sowie Verwandte von Bürgermeister Georg Kletti in  
einer der betroffenen Straßen wohnen, erklärten sich beide für befangen und  
Bürgermeister-

Stellvertreterin Eva-Maria Eichler übernahm den Vorsitz. Sie gab das  
Wort an Ortsbaumeister Michael Schirok. Es sei ein Thema von hoher  
kommunalpolitischer

Bedeutung, sagte Schirok und verwies auf die Bürgerversammlung vom 23.

November, an der sich rund 500 Bürger beteiligten. Hier informierten Bürgermeister  
und Verwaltung über den gesamten Sachverhalt und speziell über das  
Ausgleichskonzept

II des Regierungspräsidiums. Als eine von vier Maßnahmen sieht dieses  
Ausgleichskonzept den Teiltrückbau der Straße „Am Forst“ und die Wiedervernetzung  
der Pferdtriebhdüne vor.

Als Ergebnis der Bürgerversammlung hielt er fest, dass eine große Mehrheit der  
Bürger für den Erhalt sowohl der L 600 als auch der Straße „Am Forst“ sei. „Kein  
Bürger möchte durch einen Rückbau von verkehrswichtigen Straßen mehr Verkehr in  
Sandhausen haben“, betonte er. Dies zeige auch die große Resonanz auf die  
Unterschriftenaktion

zur Petition von Frank Kleinbongardt. Innerhalb von nur zwei Wochen

hätten sich 5.000 Bürger der Petition für den Erhalt der Straßen angeschlossen, und zwar nicht nur aus Sandhausen, sondern auch aus Nachbarkommunen. Dass für den Verzicht auf den Teilrückbau der L 600 ein Ausgleich gefunden werden müsse stehe außer Frage. „Genauso klar ist aber auch für uns, dass dies nicht zu Lasten unserer Bürgerschaft gehen kann“, sagte Schirok.

Einstimmig beschloss das Gremium eine Stellungnahme der Gemeinde, die folgenden

Passus beinhaltet: „Die Gemeinde Sandhausen bittet das Regierungspräsidium, anstelle des Rückbaus der Straße „Am Forst“ eine andere Ausgleichsmaßnahme anzuerkennen, welche zu keiner Benachteiligung der Bürgerinnen und Bürger führt, wie dies beim Rückbau der L 600 sowie der Straße „Am Forst“ der Fall wäre.“ Des weiteren rege man an, Maßnahmen aus dem im vergangenen Jahr erarbeiteten Ausgleichskonzept I heranzuziehen. Auch für neue Vorschläge, die bei einer Umsetzung

zu keinen Verkehrsverlagerungen führen würden, sei man aufgeschlossen.

Den übrigen Ausgleichsmaßnahmen, wie der Verbindung von Sandrasenflächen im Naturschutzgebiet „Pflege Schönau“, der Herstellung von Sandrasenflächen im Naturschutzgebiet „Hirschacker-Dossenwald“ oder der Aufwertung der Landschaft im Umfeld der L 600/ B535 stimmte die Gemeinde ausdrücklich zu.